**(Tommy Tabor)**

zu einer Warteschleife verkommt. Das 11. Pflichtschuljahr kann nur dann zu sinnvollen Ergebnissen führen, wenn die Angebote anschlussorientiert, aber nicht abschlussorientiert sind. Auch bei den Übergangsmodellen brauchen wir den Umstieg von vollzeitschulischen zu dualen Modellen. Die Neustrukturierung des Übergangssystems muss die Zielsetzung verfolgen, dualen Angeboten den Vorrang vor schulischen Bildungsgängen zu geben. Damit Jugendliche angehalten werden, ernsthaft auf Ausbildungsplatzsuchen zu gehen, sollten die Anmeldungen für vollschulische berufsbildenden und befähigende Bildungsgänge an den OSZ erst nach Ausbildungsbeginn und nicht bereits parallel zu den Ausbildungsbewerbungen möglich sein.

Dass wir so viele Jugendliche im Übergangssystem auffangen müssen, darf einfach kein Dauerzustand sein. Betriebe attestieren den Jugendlichen allzu oft mangelnde Ausbildungsreife. Aber wenn wir uns einmal ehrlich machen, diese fehlende Ausbildungsreife ist schlicht dem Versagen sozialdemokratischer Schulpolitik geschuldet, denn die 23-jährige Berliner SPD-Bildungsmisere sitzt tief im Fleische Berlins. Daher sind von der SPD keine Lösungen zu erwarten, denn sie ist selbst das Problem. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete König jetzt das Wort. – Bitte schön!

**Bettina König** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine gute Ausbildung ist für den weiteren Lebensweg eines jungen Menschen von allergrößter Bedeutung. Sie entscheidet darüber, ob man eine sichere berufliche Zukunft haben kann und ob man seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Letztlich entscheidet sie auch darüber, wie hoch das Risiko sein wird, arbeitslos zu werden.

Unser Ziel ist es, dass jeder junge Mensch eine gute Ausbildung bekommt. Kein Jugendlicher oder junger Erwachsener soll ohne Berufsabschluss bleiben.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Franziska Brychcy (LINKE)]

Wir setzen dabei auf die Ausbildung in den Betrieben, die von der Berufsschule flankiert wird, also die sogenannte duale Ausbildung. Das ist das Modell, mit dem wir in Deutschland seit Jahrzehnten sehr erfolgreich sind, und in vielen anderen Ländern betrachtet man das als Vorbild.

Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass dieses Modell auch in Zukunft funktioniert. Darum ist es wichtig, bestehende Probleme zu beseitigen. Die gibt es auch in Berlin. Auf der einen Seite fehlen Ausbildungsplätze. 6 700 unversorgte Bewerber standen in Berlin zum 1. September dieses Jahres 5 700 offenen Ausbildungsplätzen gegenüber.

[Zuruf von Jeannette Auricht (AfD)]

Auf der anderen Seite fehlen in vielen Branchen aber ausreichend Bewerber. Ausbildungsplätze können nicht besetzt werden, und das verstärkt den Fachkräftemangel. Die duale Ausbildung steht zunehmend in Konkurrenz zum Studium, und es gibt Probleme mit der Ausbildungsqualität. In manchen Betrieben werden Auszubildende zu wenig gefördert, mitunter schlicht ausgebeutet. Darauf gehen die vorliegenden Anträge leider überhaupt nicht ein.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Berlin wird sich nur fortsetzen, wenn wir gut ausgebildete Fachkräfte haben. Wir brauchen Krankenschwestern und Krankenpfleger, wir brauchen Installateure und Installateurinnen, und wir brauchen Elektronikerinnen und Elektroniker. Wenn wir wollen, dass Menschen sich für diese Berufe entscheiden, dann muss die Ausbildung attraktiv sein, dann müssen die Ausbildungsbedingungen stimmen. Junge Menschen wollen in der Ausbildung angemessen bezahlt und wertschätzend behandelt werden sowie gute Berufsperspektiven haben. Das sind Kriterien, nach denen sie ihre künftigen Berufe auswählen.

Die Anreize, eine duale Ausbildung zu absolvieren, müssen also verbessert werden. Imagekampagnen helfen da nicht weiter. Es geht um wirklich harte Fakten. Das fängt bei der Bezahlung an. Bei den in den Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen gibt es regional doch sehr große Unterschiede. In Berlin bekommt man als Kfz-Mechatroniker im dritten Lehrjahr zum Beispiel 690 Euro, in Baden-Württemberg hingegen 956 Euro. Und wenn ein Betrieb überhaupt keinen Tarifvertrag hat, dann liegen die Gehälter der Azubis oftmals noch weit unter diesem Niveau. Eine gesetzlich festgelegte Mindestausbildungsvergütung wäre darum ein wichtiger Schritt, um für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit für die Auszubildenden zu sorgen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Neben dem Geld zählt aber natürlich auch die Qualität einer Ausbildung. Wie sind denn die Arbeitszeiten, und was ist mit Überstunden? Dominieren ausbildungsfremde Tätigkeiten die Ausbildung? Wie sieht die konkrete Betreuung durch den Ausbilder im Betrieb aus? Wie ist die technische Ausstattung? Werden Perspektiven für die Zeit nach der Ausbildung angeboten? Wenn ich im Ausbildungsreport des DGB lese, dass über die Hälfte der Azubis auch nach Feierabend erreichbar sein muss und mehr als ein Drittel regelmäßig Überstunden leisten muss, dann kann von guter Ausbildung keine Rede sein.

**(Bettina König)**

Dann wundert es mich auch nicht, wenn das Interesse an einer dualen Ausbildung abnimmt und ein Schüler sich vielleicht für die schulische Ausbildung entscheidet.

Weitere Zielgruppen für die duale Ausbildung müssen und können angesprochen werden. Um auch mehr leistungsstarke Schüler oder Studienabbrecher für die duale Ausbildung zu gewinnen, kann die Ausbildung zum Beispiel durch integrierte Auslandsaufenthalte oder eine Fremdsprachenförderung attraktiver gestaltet werden. Es würden sicher auch mehr Studienabbrecher den Weg in die duale Ausbildung finden, wenn Studienleistungen in der dualen Ausbildung angemessen angerechnet werden würden.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Buchholz?

**Bettina König** (SPD):

Nein!

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Herr Abgeordneter! Es würde das Ganze wirklich erleichtern, wenn jeder auf seinem Platz sitzt und von dort die Fragen stellt!

**Bettina König** (SPD):

In Berlin passiert schon eine Menge, um mehr Menschen in eine Ausbildung zu bringen. Beispielhaft seien hier nur die Jugendberufsagenturen, berufsqualifizierenden Bildungsgänge und intensive Berufs- und Studienorientierungen in den Schulen genannt. Die vorliegenden Anträge ignorieren die bestehenden Strukturen und die guten Konzepte und Modellprojekte, die sich längst in der Umsetzung befinden, leider völlig und sind ein recht willkürliches Sammelsurium. Damit allein wird man dem komplexen Thema der dualen Ausbildung nicht gerecht und macht sie weder zukunftsfester noch qualitativ hochwertiger. Viele der genannten Punkte werden in Berlin schon umgesetzt oder wurden nach intensiver Diskussion aus guten Gründen verworfen. Die von mir genannten Probleme kommen in den Anträgen zu kurz. Aber: Als Anlass, um für duale Ausbildung zu werben, erneut alle Beteiligten an ihre Verantwortung zu erinnern und tatsächlich die bestehenden Probleme anzugehen, sind sie willkommen und Anlass, uns in den Ausschüssen erneut intensiv mit der dualen Ausbildung zu beschäftigen. Das werden wir tun!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Abgeordneter Schultze-Berndt das Wort. – Bitte schön!

**Jürn Jakob Schultze-Berndt** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Berlin fehlen derzeit 121 000 Fachkräfte. Millionen und Millionen von Euro Umsatz können nicht getätigt werden, weil Fachkräfte fehlen. Schulen können nicht modernisiert werden, weil Fachkräfte fehlen.

[Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Und was uns fehlt, sind Auszubildende, ausbildungsfähige Auszubildende oder Personen, die sich überhaupt bewerben. 40 Prozent der Unternehmen – fast jedes zweite! – waren nicht in der Lage, eine angebotene Ausbildungsstelle zu besetzen, auch die Unternehmen, die extrem teuer bezahlen, die extrem qualifizierte Ausbildungen anbieten und extrem hohe Ausbildungsvergütungen leisten. Dass sie die Stellen nicht besetzen konnten, liegt nicht daran, dass die Unternehmen alle bekloppt sind oder zu schlecht bezahlen. Das gilt ja auch für die öffentliche Hand, für Polizisten oder Feuerwehrleute, die auch nicht eingestellt werden können, weil sie sich nicht bewerben.

Die CDU sieht dies als ein deutlich wirtschaftspolitisches Problem an, und deswegen bin auch ich als Wirtschaftspolitiker hier. Die CDU will, dass anerkannt wird, dass die teilweise dreijährige duale betriebliche Ausbildung in Deutschland in weiten Bereichen bezüglich der Abschlussqualifikation genau dem entspricht, was die OECD als Abitur in anderen Ländern fordert. Insofern ist der Akademisierungswahn, den wir haben, mit dem Ziel einer Maximierung der Abiturquote in Deutschland, völlig verfehlt.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Eine duale betriebliche Ausbildung entspricht in weiten Bereichen dem, was das Abitur in anderen Ländern hat. Die CDU will den Fachkräftemangel beheben, indem die duale Ausbildung im Betrieb klare Priorität vor vollschulischen Ausbildungsgängen im Oberstufenzentrum erhält. Die CDU will, dass die Kapazitäten an den Oberstufenzentren sehr eng mit dem Handwerk und der Industrie abgestimmt werden. Die CDU will, dass die Oberstufenzentren nicht das Ziel haben, möglichst lange möglichst gut ausgelastet zu sein, möglichst stabile Lehrpläne oder starre Stundenpläne zu haben. Vielmehr sollen die OSZ das Ziel haben, die Schüler so schnell wie möglich wieder loszuwerden, hinein in eine duale Ausbildung in der Wirtschaft, denn dort gehören die Menschen hin.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

In den Bereichen, wo Personen in den Oberstufenzentren ohne einen Schulabschluss beschult werden, brauchen wir Talentscouts. Da brauchen wir Leute, die gucken, welche